

„Europäischer Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai

SoVD: Schulassistenz verbindlich regeln

Vorreiter in Sachen Inklusion war Niedersachsen nie. Doch die Corona-Pandemie hat das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung noch weiter ausgebremst. Deshalb fordert der SoVD anlässlich des „Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai, betroffene Kinder und Jugendliche besser zu unterstützen – etwa indem die schulische Assistenz für sie gestärkt und verbindlich geregelt wird.

Vor zehn Jahren wurde die schrittweise Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen beschlossen. „Das Umsetzungstempo war von Anfang an nicht das schnellste. Immer wieder mussten wir mahnen, dass mehr passieren muss, damit die Inklusion nicht ins Hintertreffen gerät“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Ein großes Problem sei dabei die personelle Ausstattung mit geschulten Lehrer*innen gewesen. Aber auch im Bereich der schulischen Assistenz für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf komme es immer wieder zu Schwierigkeiten.

„Wir haben oft verzweifelte Eltern bei uns in der Beratung, die seit langem erfolglos nach einer Schulbegleitung für ihr Kind suchen und nicht mehr weiterwissen“, berichtet Sackarendt und ergänzt: „Es gibt in dem Bereich einen enormen Mangel an qualifiziertem Personal. Das hat

sicherlich auch damit zu tun, dass Schulbegleiter*innen sehr häufig nur befristete Arbeitsverträge bekommen.“ Die Folge: Wenn Eltern keine passende Begleitung finden, können ihre Kinder nicht zur Schule gehen. Sie müssen dann ihre Arbeitszeit reduzieren, um es selbst zu betreuen. Das hat entsprechende finanzielle Konsequenzen.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband von der Landesregierung, die schulische Assistenz endlich verbindlich zu regeln und einen stärkeren Fokus darauf zu legen. „Schulbegleiter*innen brauchen eine zielgenaue und einheitliche Qualifikation. Ihr Job ist für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sehr wichtig, deshalb sollte er auch angemessen bezahlt und mit unbefristeten Verträgen versehen sein. Nur so kann eine gerechte Teilhabe von allen Kindern gewährleistet werden“, betont der Landesvorsitzende.



Foto: WavebreakmediaMicro / Adobe Stock

Aus Sicht des SoVD sind für die Tätigkeit der Schulassistenz unbefristete Arbeitsverträge und eine angemessene Bezahlung Voraussetzungen, damit der Beruf attraktiver wird.

„Internationaler Tag der Pflege“ am 12. Mai / SoVD fordert von der Politik Maßnahmen gegen einen Pflegenotstand

Arbeitsbedingungen endlich verbessern

Seit Jahren herrscht im Pflegebereich akuter Fachkräftemangel. Durch die Corona-Pandemie hat sich dieser noch weiter verschärft. Denn: Immer mehr Pflegekräfte verlassen aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen die Branche und 40 Prozent von ihnen erwägen den Ausstieg. Zum „Internationalen Tag der Pflege“ fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb, endlich die Probleme von professionell Pflegenden anzugehen, um dem dramatischen Pflegenotstand entgegenzuwirken.



Foto: Ihar Ulashchyk / Adobe Stock

Viele Überstunden, wenig Personal: Eine Studie der Arbeitnehmerkammer beschreibt, dass viele Pflegenden über einen Berufswechsel nachdenken, weil sie mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden sind.

Die Situation für diejenigen, die sich in Einrichtungen oder ambulanten Diensten um Pflegebedürftige kümmern, wird immer schwieriger. Durch hohen Arbeitsdruck, geringe Bezahlung und fehlende Anerkennung können sich mittlerweile 40 Prozent der Pflegenden vorstellen, ihren Beruf aufzugeben. „Die Pflegebranche steuert seit Jahren auf eine Katastrophe zu. Der Fachkräftemangel ist eklatant. Es ist eigentlich schon fünf nach zwölf – es muss dringend etwas getan werden“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Deshalb fordert der SoVD von der Politik, die Bezahlung der Pflegekräfte dringend zu verbessern. „Eine einmalige Corona-Prämie reicht da nicht. Es muss eine angemessene Bezahlung für diese wichtige Arbeit geben“, betont Sackarendt. Außerdem brauche es bessere Arbeitszeit-

modelle, damit die Beschäftigten Familie und Beruf besser vereinbaren können, sowie mehr Fortbildungsangebote.

Eine Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen untermauert die SoVD-Forderungen. Dafür wurden etwa 12.700 Pflegekräfte befragt, die aus der Branche ausgestiegen sind. Das Ergebnis: Viele von ihnen würden zurückkehren, wenn die Arbeitsbedingungen besser wären. Die Arbeitnehmerkammer hat berechnet, dass damit in Deutschland 300.000 Vollzeit-Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. „Die Untersuchung zeigt ganz klar, dass viele Pflegenden nach wie vor begeistert sind von ihrem Job. Nur die Bedingungen, zu denen sie arbeiten müssen, sind unhaltbar“, so der Landesvorsitzende. Deshalb sei es jetzt an der Politik, schnell zu reagieren, damit das Gesundheitssystem nicht komplett zusammenbricht.